

Newsletter Juni 2024

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

trotz etlicher Skandale und ihrer wiederholt bestätigten Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz ist die AfD bei der Europawahl deutschlandweit zweitstärkste Kraft worden. Bei den Kommunalwahlen hat sie vielerorts kräftig zugelegt – auch bei uns in Baden-Württemberg. Das ist besonders für jene Kommunalpolitiker*innen tragisch, die in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet haben und nun nicht mehr in die örtlichen Parlamente einziehen. Es ist nicht zu übersehen, dass dieses Votum der Wählerinnen und Wähler vor allem ein Signal an die Bundespolitik ist.

Von uns wird zurecht erwartet, nicht nur sozialdemokratische Kernthemen umzusetzen – wie etwa die Stabilisierung der Rente –, sondern eben auch dafür zu sorgen, dass die Fortschrittskoalition auf Kurs bleibt – und zwar mit weniger Streit, klaren Entscheidungen und besserer Kommunikation. Wir haben dafür zu sorgen, dass wir diesen Ansprüchen zukünftig besser gerecht werden.

Und außerdem ist es wichtig, besser zu erklären, dass – trotz so mancher Drahtseilakte – vieles gelungen ist, wie zum Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns und des Kindergeldes oder der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Viele hadern damit, dass wir die Ukraine mit großem Engagement unterstützen und fragen sich, ob noch genug für die Menschen hierzulande übrigbleibt. Wir konnten offensichtlich nicht vermitteln, wie eng Europa mit dem Geschehen in der Ukraine verknüpft

ist. Russland versucht nach wie vor, der Ukraine ihr Land zu rauben. Würden wir diesen Imperialismus akzeptieren, dann geriete auch unsere Sicherheit und die unserer europäischen Partner in Gefahr. Grenzen dürfen niemals mit Gewalt verschoben werden. Das akzeptieren die Ukrainer*innen nicht und wir dürfen es ebenfalls nicht tun. Ein Satz von Präsident Selenskiy aus seiner Rede vor dem Bundestag diese Woche hallt noch in mir nach: „Das geteilte Europa war niemals friedlich. Und das geteilte Deutschland war niemals glücklich.“ Er hat Recht. Gerade wir sind es doch, die aus eigener Erfahrung nachvollziehen können, warum die Ukrainerinnen und Ukrainer gegen die Teilung ihres Landes und gegen den russischen Aggressor kämpfen. Die Ukraine muss ihre Unabhängigkeit und Souveränität behalten. Sie allein muss entscheiden, welche Friedensvoraussetzungen sie akzeptiert und welche nicht. Und wir unterstützen sie, weil es auch um unsere Sicherheit geht.

Die vermeintlich einfachen Antworten der Populisten werden den enormen Aufgaben, vor denen wir stehen, nicht gerecht. Wir als Ampel müssen die Funktions- und Handlungsfähigkeit unserer Koalition unter Beweis stellen, klar Haltung zeigen, und beweisen, dass wir es können.

Ihre/Eure

Heike Baehrens





Das Leben leichter machen

Egal, ob jemand arbeitslos wird, einen schweren Unfall hatte oder pflegebedürftig wird – wir haben ein soziales Netz in Deutschland, das in schwierigen Lebensphasen trägt. Das System aus Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Unfallversicherung macht unser Leben sicherer. Doch wenn man in die Lage kommt, etwa Kranken- oder Bürgergeld beantragen zu müssen, wird's kompliziert. Mitunter steht man vor Bergen an Papier, schwer verständlichen Formularen, einzureichenden Nachweisen und zu beachtenden Richtlinien. Von Behörde A geht's zu Behörde B und zurück. Bürokratie pur!

Wie können wir den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den Leistungen, auf die sie Anspruch haben, leichter machen? Darüber haben wir in der vergangenen Woche mit Expert*innen diskutiert. Mit dabei: die Bundesminister Hubertus Heil und Prof. Dr. Karl Lauterbach, meine Kolleg*innen Dagmar Schmidt und Dr. Martin Rosemann sowie die Expert*innen Dr. Birgit Fix von der Caritas, Dr. Regine Schmalhorst von der Bundesagentur für Arbeit, Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey von der Uni Duisburg und Dr. Florian Niedlich der gfa | public GmbH.

Die Botschaft der Praktiker*innen und Expert*innen: Gesetze, die wir machen, müssen in erster Linie praxistauglich sein. Eine extra Richtlinie für jeden noch so seltenen Einzelfall ist eher ein Hemmschuh als hilfreich. Wenn Leistungen wie aus einer Hand fließen und Entscheider*innen in den Ämtern mehr Handlungsspielraum haben, wird der Bürokratiedschungel gelichtet. Dafür bietet unter anderem die Digitali-

sierung neue Möglichkeiten, zum Beispiel die elektronische Patientenakte. Natürlich muss dabei der Datenschutz gewährleistet bleiben, schließlich geht es um sensible persönliche Informationen. Wenn Standardfälle mit Hilfe künstlicher Intelligenz bearbeitet werden, bleibt mehr Zeit für die schwierigen Fälle – wo nötig, unter direkter Hinzuziehung weiterer Expertise. So können Sachbearbeiter*innen aus verschiedenen Hilfebereichen, wie Jobcenter, Jugendamt, Eingliederungshilfe oder Beratungsstellen zusammen die beste Lösung finden.

Diese Gedanken werden uns bei zukünftigen Gesetzgebungsverfahren leiten, zum Beispiel beim Bürokratienteilungsgesetz IV, über das wir in den kommenden Wochen im Bundestag beraten.

Der Sozialstaat muss handlungsfähig bleiben. Egal, ob unkomplizierter Regelfall oder spezieller Einzelfall – unser Credo muss lauten: Transparent, unkompliziert, flexibel und unbürokratisch, damit Menschen zu ihrem Recht kommen!



Jetzt wird geliefert — Reform des Postgesetzes

Die erste Reform des Postgesetzes seit 27 Jahren war dringend überfällig. Während deutschlandweit mehr und mehr Pakete unterwegs sind, werden immer weniger Briefe versendet. Ein großer Teil der Kommunikation hat sich ins Digitale verlagert. Das hat Konsequenzen sowohl für das Postnetz als auch für unsere Paketzusteller: Je weniger Briefe verschickt werden, desto teurer wird die Aufrechterhaltung des Netzes. Und je höher das Paketaufkommen, desto wichtiger sind gute Arbeitsbedingungen für diejenigen, die uns jeden Tag unsere Bestellungen bis zur Haustür bringen.

Ein zentraler Punkt der Reform ist der Arbeitnehmerschutz durch Einführung einer Registrierungspflicht für Paketdienstleister. Es geht um die Einhaltung geltender Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften. Wer gegen diese Regelungen verstößt, verliert den Marktzugang. Das schafft faire Wettbewerbsbedingungen und schützt die Arbeitnehmerrechte. Auch Subunternehmen werden strenger kontrolliert. Regelverstöße können ab jetzt auch anonym an eine neue Be-

schwerdestelle bei der Bundesnetzagentur gemeldet werden.

Die Finanzierung der flächendeckenden Postversorgung haben wir nachhaltig gesichert. Kleiner Wermutstropfen: Die Briefzustellung dauert künftig drei Tage, um die Kosten zu senken. Dafür wird es aber keine Nachtflüge innerhalb Deutschlands mehr geben. Das schon die Umwelt.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir als SPD-Bundestagsfraktion zudem erreicht, dass Pakete über 20 kg künftig nur noch von zwei Personen oder mit geeigneten technischen Hilfsmitteln ausgeliefert werden dürfen. Das finde ich besonders wichtig, denn solche Maßnahmen reduzieren die körperliche Belastung und beugen gesundheitlichen Schäden vor.

Mit der Reform setzen wir ein deutliches Zeichen für mehr Fairness und Sicherheit auf dem Paketmarkt. Sie tritt ab 2025 in Kraft und markiert einen wichtigen Schritt für bessere Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche.

Diese Woche beschlossen:

Ein höheres, besseres und gerechteres Bafög für Schüler*innen und Student*innen

- € Förderhöchstbetrag steigt von 934 auf **992 Euro**
- € **1.000 Euro Studienstarthilfe** für Studierende mit wenig Geld
- € Mehr **Hinzuverdienst** bei Nebenjobs
- € **Zusatzsemester und Fachwechsel** ohne Angabe von Gründen
- € **Höhere Einkommensgrenzen** der Eltern, damit können mehr Menschen vom Bafög profitieren

**3. Anpassung
in dieser
Wahlperiode**



Unser Landkreis in Berlin



Bundespolitik trifft junge Wirtschaft. Anfang Juni begleitete mich der Göppinger Nachwuchsunternehmer Florian Smarsly für eine Woche im Rahmen des Know-How-Transfers der Wirtschaftsjunioren Deutschland. Toll, dass du da warst und viel Erfolg für die Zukunft!

Der Pfarrkonvent des evangelischen Kirchenbezirks Geislingen zu Besuch im Bundestag. Nach dem Austausch zu später Stunde besuchten wir gemeinsam die Kuppel des Reichstages.



Am bundesweiten Trikottag habe ich meinem Tischtennisfreund ;-)) das Fanshirt der FRISCH AUF Frauen präsentiert. Gleichzeitig habe ich unseren Fußballern vom 1. GSV die Daumen gedrückt – ihnen ist am selben Tag der Aufstieg in die Regionalliga Südwest gelungen. Hurra!



Bei der Fraktionsveranstaltung „Das Leben leichter machen“ mit Dr. Martin Rosemann, MdB, Arbeitsminister Hubertus Heil und Fraktionsvize Dagmar Schmidt, MdB, am 5. Juni 2024.



Termine

Samstag, 15. Juni

09:15 Uhr

Göppinger Maientag Empfang und Umzug
Rathaus Göppingen

Dienstag, 18. Juni

15:00 Uhr

Kommunalpolitisches Gespräch mit
Bürgermeister Christopher Flik,
Besichtigung des Gemeindepflegehauses
Alexander-Stift (Diakonie Stetten)
und Offener Bürgerstammtisch in der
Begegnungsstätte des Alexander-Stifts
Zell unter Aichelberg

Mittwoch, 19. Juni

14:00 Uhr

Unternehmensbesuch WALA Heilmittel
GmbH
Bad Boll

18:00 Uhr

Kreisdelegiertenkonferenz
Gasthaus „Hirsch“, Süßen

Donnerstag, 20. Juni

08:30 Uhr

Gespräch mit der Gemeinde
Ahmadiyya Muslim Göppingen
Bürgerbüro

10:00 Uhr

Besuch BLESS YOU Apotheke Bartenbach
mit der Präsidentin des Landesapotheker-
verbandes Baden-Württemberg
Göppingen

14:30 Uhr

Bürgersprechstunde

19:00 Uhr

Vortrag in der Volkshochschule
Teillegalisierung von Cannabis – progressi-
ve Drogenpolitik oder verantwortungslos?
Mörikestr. 16, 73033 Göppingen

Freitag, 21. Juni

18:00 Uhr

Jahreshauptversammlung
SPD-Ortsverein Salach

Montag, 24. Juni bis Freitag, 28. Juni

Sitzung des Deutschen Bundestages

Montag, 01. Juli bis Freitag, 05. Juli

Sitzung des Deutschen Bundestages

Sonntag, 07. Juli

10:00 Uhr

Verabschiedung Dekan Martin Elsässer
Stadtkirche Geislingen

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de